



AKTUELLES ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

AWICHTIGSTE GESCHÄFTE

MACROPRUDENTIAL POLICIES

Der Exekutivrat befasste sich mit einem Bericht zu makroprudenziellen Massnahmen («Increasing Resilience to Large and Volatile Capital Flows - The Role of Macroprudential Policies»), welche Länder dazu verwenden, um die Stabilität ihrer Finanzsysteme zu stärken.

Kapitalflüsse können den Ländern grossen Nutzen bringen. In den letzten zwanzig Jahren haben ihr Volumen aber auch ihre Volatilität deutlich zugenommen. Damit könnten sich systemische Finanzrisiken potentiell erhöhen. Der IWF hat 2012, basierend auf den Erfahrungen insbesondere auch der Finanzkrise 2007-2008 und der darauf folgenden Krise im Euroraum, einen institutionellen Rahmen (Institutional View) zum Umgang mit Kapitalflüssen erarbeitet. Ferner wurde auch ein Rahmen zur Handhabung makroprudenzieller Massnahmen durch die Länder erstellt.

Im Bericht des IWF wird das Zusammenspiel von Kapitalverkehr und systemischen Risiken analysiert und es werden Möglichkeiten der Reduktion dieser Risiken durch makroprudenzielle Massnahmen eruiert. Gleichzeitig wird untersucht, wie sich makroprudenzielle Massnahmen von Kapitalverkehrskontrollen unterscheiden.

Die Schweiz hat den umfassenden Bericht begrüsst und die Bedeutung makroprudenzieller Massnahmen zur Stärkung von Finanzsystemen anerkannt. Die Abgrenzung makroprudenzieller Massnahmen von Kapitalverkehrskontrollen muss jedoch noch besser verstanden werden. Wichtig ist zudem eine bessere Kenntnis von Nutzen und Grenzen makroprudenzieller Massnahmen, auch indem die Erkenntnisse aus den Erfahrungen der Mitgliedsländer vertieft werden.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 5. Juli 2017](#) sowie [weitere Informationen dazu im IWF](#).

TOOLKIT REFORM

Der Exekutivrat hat die Schaffung eines neuen wirtschaftspolitischen Koordinationsinstruments (Policy Coordination Instrument, PCI) gutgeheissen. Die unter einem PCI vereinbarten wirtschaftlichen Reformprogramme sind zwar nicht an eine IWF-Finanzierung gekoppelt, sie erfüllen aber die gleichen Standards wie reguläre IWF-Programme. Das PCI steht grundsätzlich allen Mitgliedern offen und ermöglicht einen vertieften

Dialog über wirtschaftspolitische Massnahmen mit dem betreffenden Land. Die durch den Exekutivrat abgeschlossene regelmässige Überprüfung gilt ferner als ein Gütesiegel für die Wirtschaftspolitik des Landes. Das neugeschaffene Instrument ist insbesondere für jene Länder attraktiv, die ihre Reformbereitschaft unter Beweis stellen und/oder sich Finanzierungen durch andere öffentliche oder private Gläubiger erschliessen wollen.

Das Instrument ist Teil der Bemühungen des IWF zur Stärkung des weltweiten Sicherheitsnetzes und ergänzt und verfeinert dessen Instrumentarium. Dadurch wird die Koordination mit den regionalen Finanzierungsvereinbarungen (wie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus) verbessert und eine effizientere Mittelverteilung ermöglicht.

Die Schweiz hat die Einführung des PCI begrüsst. Das PCI könne die Koordination der einzelnen Bestandteile des globalen Sicherheitsnetzes verbessern und Länder unterstützen, die ein Engagement für tiefgreifende Reformen eingehen wollen. Gleichzeitig betonte sie die Notwendigkeit, für hoch stehende Qualität in Bezug auf die Politik und die im Rahmen des Programms eingegangenen Verpflichtungen zu sorgen, damit das Instrument seine Glaubwürdigkeit etablieren kann.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 26. Juli 2017](#) sowie [weitere Informationen zur Koordination der Wirtschaftspolitik im IWF](#).

ROLLE IWF BEI GOVERNANZFRAGEN

Der IWF mischt sich zwar grundsätzlich nicht in innere Angelegenheiten seiner Mitglieder ein, er trägt aber Fragen der guten Regierungsführung Rechnung. Seit 1997 gibt es hierfür eine Richtlinie («Guidance Note»). Auf Initiative des IMFC, des ministeriellen Steuerungsgremiums des IWF, überprüft der Exekutivrat in den kommenden Monaten diese Richtlinie. Ein zentrales Element der Arbeiten ist dabei die Korruptionsbekämpfung. In ihrer ersten Diskussion waren sich die Direktoren einig, dass der IWF konkrete und neutrale Richtlinien für Fragen der Korruptionsbekämpfung braucht. Diesbezüglich befürworteten sie mehrheitlich den Einbezug von allgemein anerkannten IWF-externen Korruptionsindikatoren. Im Zentrum der weiteren Diskussionen stehen die Definition der Korruption wie auch die Art des Einbezugs der Korruptionsbekämpfung in die Überwachung und Kreditprogramme des IWF.

Die Schweiz vertrat im Exekutivrat gemeinsam mit anderen Vertretern die Ansicht, dass die effektive Eindämmung der Korruption einer mehrschichtigen Strategie bedarf. Ebenso stimmte sie zu, dass eine auf Resultate fokussierte direktere Sprache des IWF gera-



de auch in der technischen Hilfe und der Programm-konditionalität wichtig ist. Dies bedingt jedoch, dass Themen der guten Regierungsführung bei allen Mitgliedern in ähnlicher Weise aufgegriffen werden.

Siehe auch die [thematische Seite «The IMF and Good Governance»](#) und die [Publikation des IWF](#).

ÜBERPRÜFUNG STANDARDS UND CODES INITIATIVE

Die regelmässige Überprüfung der Initiative zu den Standards and Codes soll sicherstellen, dass Standards und Best Practices zur Stärkung des internationalen Finanzsystems angemessen umgesetzt und wenn nötig weiterentwickelt werden. Der Exekutivrat kommt zu Schluss, dass die aktuellen Standards und Codes grundsätzlich angemessen sind. Sie müssen aber noch durch weitere Prinzipien im Bereich der Abwicklung von Finanzinstitutionen ergänzt werden. Die Arbeiten zu Standards and Codes sollen ferner noch enger mit den Überwachungs- und technischen Hilfe-Aktivitäten des IWF koordiniert werden.

Die Schweiz begrüsst die Überprüfung, wies aber darauf hin, dass der IWF eng mit anderen Organisationen zusammenarbeiten muss, auch zur Vermeidung von Duplizierungen. Dabei muss die Qualität und Relevanz der Standardüberprüfung sichergestellt werden. Schliesslich muss auch der Zugang von Entwicklungsländern zu solchen Überprüfungen gewährleistet bleiben.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 3. August 2017](#) und die [Publikation des IWF](#).

IEO-BERICHT: IWF UND SOZIALE SICHERUNG

Im Laufe der Zeit hat der IWF der Frage der sozialen Sicherung eine zunehmende Beachtung geschenkt. Gerade auch die Folgen der globalen Finanzkrise ab 2007 und verschiedene Schocks der Rohwaren- und Nahrungsmittelpreise haben gezeigt, dass die soziale Sicherung eine zentrale Rolle für die makroökonomisch relevante soziale und politische Stabilität spielen. Der jüngste Bericht des unabhängigen Evaluationsbüros des IWF (IEO) prüft die Handhabung der sozialen Sicherung in den Arbeiten des IWF und formuliert Empfehlungen. Das IEO begrüsst die zunehmende Bedeutung, die der IWF der sozialen Sicherung zugesteht. Es rät die Entwicklung eines konsistenten Rahmens damit die Empfehlungen des IWF umfassender und länderspezifischer ausgestaltet werden könnten. Vertiefte Analysen sollen dabei sicherstellen, dass die ärmsten Schichten vor den negativen Effekten von wirtschaftlichen Reformen geschützt bzw. die Auswirkungen angemessen abgefedert werden. Wichtig ist auch eine enge Zusammenarbeit mit jenen anderen Institutionen, welche eine entsprechende Exper-



tise in die Analysen einbringen können.

Die Schweiz begrüsst und unterstützt die Anstrengungen des IWF in Sachen sozialer Sicherungsnetze. Diese Arbeiten müssen jedoch klar auf sein auf makroökonomische Stabilität ausgerichtetes Mandat fokussiert bleiben. Gute Institutionen für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und stabile makroökonomische Rahmenbedingungen – welche der IWF gut beurteilen kann – stellen eine zentrale Verteidigungslinie gegen negative soziale Konsequenzen dar. Diese Umstände sollte der IWF auch immer klar gegen aussen kommunizieren. Die Schweiz unterstützt ferner die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Institutionen wie der Weltbank.

Siehe auch den [IEO-Bericht «The IMF and Social Protection»](#).

AUSSENSEKTORBERICHT

Im Juli 2017 hat der IWF seinen fünften Aussensektorbericht veröffentlicht. Mit der Analyse der Handels-, Dienstleistungs und Ertragsbilanzen, der Wechselkurse, Aussenpositionen, internationalen Währungsreserven, der Kapitalflüsse und der makroökonomischen Politik will der Bericht globale wirtschaftliche und finanzielle Ungleichgewichte erkennen und bewerten.

Die an der Summe (in absoluten Zahlen) der weltweiten Überschüsse und Defizite gemessenen Leistungsbilanzungleichgewichte waren sukzessive bis auf rund 5 % des globalen BIP im Jahr 2008 angestiegen, bevor sie nach der weltweiten Finanzkrise zurückgingen und sich mittlerweile insgesamt auf rund 1,9% stabilisiert haben. Die Ungleichgewichte sind grösstenteils auf einige systemische Volkswirtschaften mit gestiegenen Überschüssen (Japan, Deutschland) oder Defiziten (USA) zurückzuführen. Die Überschüsse der Rohwarenexportländer waren hingegen rückläufig.

Die Schweiz begrüsst den Bericht im Hinblick auf ein besseres Verständnis der globalen makroökonomischen Stabilität und befürwortet den stärkeren Einbezug der Analysen in die Überwachung des IWF. Die Aussenposition der Schweiz wird vom IWF als «insgesamt kohärent» mit den Erwartungen ausgehend von ihren makroökonomischen Fundamentaldaten beurteilt. Die Analysemethode ist in einigen Aspekten aber eingeschränkt, weshalb die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 28. Juli 2017](#) sowie den [External Sector Report 2017](#).

ZUSAMMENARBEIT IWF UND REGIONALE

Der IWF-Exekutivrat hat die Grundlagen der Zusammenarbeit des IWF mit regionalen Finanzierungsme-



FINANZIERUNGSMECHANISMEN

chanismen (Regional Financing Arrangements, RFA) diskutiert und eine Reihe von Grundsätzen gutgeheissen. Die Grundsätze tragen der Tatsache Rechnung, dass die RFAs in den letzten Jahren erheblich ausgebaut wurden (z. B. Europäischer Stabilitätsmechanismus, Chiang-Mai-Initiative, Contingent Reserve Arrangement der BRICS-Staaten usw.) und finanziell aufgestockt wurden.

Die RFA verfolgen trotz ihrer Vielfalt das gemeinsame Ziel, die regionale Integration durch bessere Krisenbewältigung zu fördern. Aufgrund der engen Wirtschaftsbeziehungen können die Länder einer Region so «subregionale Externalitäten» nutzen und die regionalen Fonds entsprechend günstige Kreditkonditionen bieten. Der wachsende Einfluss regionaler Finanzierung hat jedoch das globale Finanzsicherheitsnetz (Global Financial Safety Net, GFSN) vielschichtiger gemacht. Die festgehaltenen Grundsätze (komplementäre Kredite, Zusammenarbeit bei der Überwachung, kohärente Kreditbedingungen) sollen die Zusammenarbeit des IWF mit den RFA besser strukturieren und stärken.

Die Schweiz befürwortet die Grundsätze. Ein mehrschichtiges Sicherungsnetz bietet Vorteile in Bezug auf einander ergänzende und flexiblere Refinanzierungsbedingungen. Der IWF muss aber seine zentrale Rolle bei der Überwachung des Systems beibehalten, nicht zuletzt um dessen Kohärenz und Transparenz zu gewährleisten. Als Gläubiger muss er dabei vorrangig bleiben. Gerade bei systemischen Schocks ist eine gemeinsame Strategie von IWF und RFA in beiderseitigem Interesse, um Ansteckungseffekte zu vermeiden.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 31. Juli 2017](#) sowie den [Bericht zur Zusammenarbeit zwischen IWF und RFA](#).

FINANZIELLES ENGAGEMENT DES IWF



In 20 Ländern laufen derzeit Kreditprogramme des IWF, welche über die allgemeinen IWF-Ressourcen (Quoten, Neue Kreditvereinbarungen und bilaterale Kreditvereinbarungen) finanziert werden. Hierzu gehört z. B. das Programm zugunsten der Ukraine. Ferner sind die Versicherungslinien zugunsten von Mexiko, Kolumbien, Polen und Marokko im Umfang von insgesamt rund USD 113 Mrd. Teil dieses Engagements.

Über den Treuhandfonds für Armutsminderung und Wachstum (PRGT) führt der IWF gegenwärtig Programme in 19 der ärmsten Länder durch. Die entsprechenden Kredite werden aus einem speziellen Treuhandfonds bereitgestellt und sind bis Ende 2018 zinsbefreit.

Die jeweils aktuelle Aufstellung der IWF-Mittel-



ausstattung und der laufenden Kreditprogramme ist unter [IMF Financial Activities](#) zu finden.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über die Entwicklungen in einigen ausgewählten Länderprogrammen:

TSCHAD

Der IWF-Exekutivrat hat zugunsten von Tschad ein Programm in Höhe von rund USD 312 Mio. unter der Extended Credit Facility genehmigt. Es löst ein seit 2014 bestehendes Programm ab, und unterstützt die Bemühungen des Landes zur Stabilisierung und wirtschaftlichen Erholung. Die schlechte volkswirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes hängt eng mit dem Ölpreiserfall, der regionalen Sicherheitslage und der hohen Aussenschuld zusammen. Das Programm wirkt auch als Katalysator, um weitere Finanzierungsquellen zu mobilisieren. Es fügt sich ausserdem in die regionale Strategie zur Stärkung der äusseren Stabilität der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft CEMAC ein.

Die Schweiz unterstützte das neue Programm, welches es Chad ermöglichen soll den grossen Herausforderungen zu begegnen. Angesichts der rückläufigen Öleinnahmen begrüsst die Schweiz die Ausrichtung des Programms auf die Reform der Haushaltsführung sowie seinen Fokus auf grössere wirtschaftliche Diversität.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 30. Juni 2017](#) sowie [weitere Informationen zu Tschad und zur CEMAC](#) im IWF.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN

Die [Überwachung](#) des internationalen Währungs- und Finanzsystems sowie der Wirtschaftspolitik seiner 189 Mitgliedstaaten gehört zu den Kernaufgaben des IWF. Im Rahmen dieser Tätigkeit ermittelt der IWF die wesentlichen Risiken für die Stabilität und gibt Empfehlungen für wirtschaftliche Massnahmen ab.

Nachfolgend sind Kurzberichte über einige der jüngsten Länderexamen:

DEUTSCHLAND

Der IWF-Exekutivrat hat die Entwicklung der deutschen Wirtschaft als «Wachstumsmotor im Euroraum» begrüsst. Dieses Jahr wird von einem BIP-Wachstum von 1,8 % und nächstes Jahr von 1,6 % ausgegangen. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ist weiterhin hoch (er ging zwischen 2015 und 2016 nur leicht von 8,6 % auf 8,3 % zurück). Zur Verringerung des Überschusses empfiehlt der IWF die Nutzung des Haushaltsspielraums für Investitionen in die Infrastruk-



tur und den Abbau administrativer Hindernisse. Weiter regt der IWF an, Arbeit weniger stark zu besteuern und die Integration der Flüchtlinge zu fördern.

Die Schweiz unterstrich die bedeutende Rolle Deutschlands für die wirtschaftliche Stabilität in Europa. Massnahmen zur Erhöhung des Wachstums sind angesichts der mittelfristigen Herausforderungen insbesondere im demografischen Bereich unumgänglich. In dieser Hinsicht sind die vermehrten öffentlichen Investitionen sowie die jüngsten Massnahmen zur Digitalisierung (Gigabit-Deutschland) zu begrüssen.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 28. Juni 2017](#) und [weitere Informationen zu Deutschland im IWF](#).

ITALIEN



Italien hat zum dritten Mal in Folge ein positives BIP-Wachstum ausgewiesen. Diese Dynamik dürfte sich weiter fortsetzen. Sie ist jedoch mit Risiken aufgrund der Schwächen im Finanzsektor, Unsicherheiten bezüglich Reformen sowie möglicher Folgen geldpolitischer Normalisierung auf die Refinanzierungskosten der Staatsschulden behaftet. Der Exekutivrat betonte die Bedeutung der umgesetzten Reformen und ihre Wirkung auf die erfolgte Erholung. Er empfahl Italien, die lockere Geldpolitik der EZB zu nutzen, um die Strukturreformen weiter voranzutreiben, den Bankensektor zu stärken und den Haushalt zu konsolidieren.

Die Schweiz begrüsst die schrittweise Rückkehr zum Wachstum, betonte aber die Notwendigkeit, Schwächen des Finanzsektors anzugehen, bei den Strukturreformen voranzukommen und eine Konsolidierungsstrategie zur Stabilisierung der Schulden umzusetzen.

Siehe auch die sowie [Medienmitteilung des IWF vom 27. Juli 2017](#) sowie [weitere Informationen zu Italien im IWF](#).

VEREINIGTE STAATEN

Die Länderprüfung weist auf wichtige mittelfristige strukturelle Herausforderungen für die USA hin, insbesondere die steigende öffentliche Verschuldung, die wachsenden Ungleichheiten, die stagnierende Produktivität und die sinkende Arbeitsmarktbeteiligung. Massnahmen zur Haushaltskonsolidierung, Förderung eines inklusiven Wachstums und eine progressive gut kommunizierte Normalisierung der Geldpolitik sollen im Vordergrund stehen.

Die Schweiz teilt die Beurteilung des IWF. Sie betonte die Vorteile von offenen Märkten und wies auf die Notwendigkeit hin, bei einer möglichen Steuerreform die ärmeren Bevölkerungsschichten zu schonen.



Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 26. Juli 2017](#) sowie [weitere Informationen zu den USA im IWF](#).

CHINA



Der IWF rechnet 2017 mit einem BIP-Wachstum von 6,9 % (gegenüber 2016 6,7 %). Chinas kurzfristige Wachstumsaussichten haben sich insbesondere dank Infrastrukturprojekten und dem starken Anstieg der Immobilienkredite unerwartet verbessert. Mittelfristig sind die Risiken einer Wachstumsabschwächung jedoch gestiegen. Die Gesamtschuld (privat und öffentlich) übersteigt 250 % des BIP. Der IWF empfiehlt Strukturreformen zur Verbesserung des Finanzsystems, indem namentlich die Kredit- und Investitionsabhängigkeit verringert wird. Eine besondere Herausforderung bleibt die schrittweise Liberalisierung des Finanzsektors bei gleichzeitiger Vermeidung von Börsenturbulenzen und möglicher Ansteckung der globalen Wirtschaft.

Die Schweiz warnte vor übermässiger Verschuldung und empfiehlt, die wirtschaftliche Transition im Hinblick auf die Förderung des Konsums und die internationale Integration Chinas voranzutreiben. Zudem würde mehr Transparenz insbesondere bei den öffentlichen Haushalten und beim reglementarischen Rahmen das Vertrauen der Investoren stärken.

Siehe auch [Medienmitteilung des IWF vom 17. August 2017](#) sowie [weitere Informationen zu China im IWF](#).

WEITERE GESCHÄFTE

BEITRAG SIF-NEWSLETTER ZU GRIECHENLAND

Wir weisen auf unseren Beitrag im SIF-Newsletter zu Griechenland hin: [Link](#).

TERMINE

12. – 13. Oktober 2017	Treffen der G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure, Washington, USA
13. – 15. Oktober 2017	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Washington, USA
22. – 25. März 2018	Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Mendoza, Argentinien
20. – 22. April 2018	Frühjahrestagung von IWF und Weltbank, Washington
3. – 6. Mai 2018	Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank, Manila,



	Philippinen
8. – 10. Mai 2018	Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Jordanien
21. – 25. Mai 2018	Jahrestagung der Afrikanischen Entwicklungsbank, Busan, Korea
Juni 2018	Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, Mumbai, Indien
12. – 14. Oktober 2018	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Bali Nusa Dua, Indonesien

KONTAKT

Friederike Pohlenz, Sektion Internationale Finanzinstitutionen, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, Tel. 058 462 64 63, friederike.pohlenz@sif.admin.ch.

Diese Aktualitäten zum IWF erscheinen rund alle drei Monate in deutscher und französischer Sprache. Nach Erscheinen sind sie erhältlich unter

www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/publikationen/aktuelle-informationen-schweiz---iwf.html.

